



Mögliche Schritte im Interesse der Sicherung des Friedens

von

Karl Rehbaum

Anhang: Friedenspolitische Schwerpunkte 2014
Bundesausschuss Friedensratschlag

Redaktionsschluss: Februar 2014

Immer wieder werden die richtigen Forderungen nach Auflösung der NATO (so auch im Programm der Partei „Die Linke“) oder der Austritt der BRD aus der NATO erhoben.

Fakt ist, dass sich die NATO an nahezu allen Kriegen der jüngsten Geschichte, bis in die Gegenwart, durch einzelne Mitglieder oder als gesamte Organisation beteiligt.

Es macht aber keinen nennenswerten Unterschied, ob man die Auflösung der NATO oder den Austritt der BRD aus dieser fordert. Beides sind richtige, aber strategische und schwer erreichbare Ziele, die nicht nur von der Friedensbewegung verfolgt werden müssen. Dass es darüber in der Partei „Die Linke“ Auseinandersetzungen gegeben hat, wie Gregor Gysi gegenüber US – Botschafter Murphy behauptete, ist unverständlich und eher eine fragwürdige Aktivität ohne Sinn und messbaren Erfolg. Auch im Erfurter Programm der „Linken“ steht die Forderung nach Austritt der BRD aus den militärischen Strukturen der NATO. Dies soll nach maßgeblichen Stimmen innerhalb der Partei aufgegeben werden. Im Programm soll die Forderung nach Auflösung der NATO bzw. deren Umwandlung in ein Verteidigungs-bündnis unter Einschluss Russlands bleiben. Deutlich wird das bisherige Nein der Linken zur NATO aufgegeben.

Die Auflösung der NATO verlangt den Konsens aller 28 Mitgliedsstaaten und der Austritt der BRD aus der NATO (zumindest aus der militärischen Integration) verlangt Rückgrat der regierenden Politiker. In Deutschland gibt es allerdings keinen Politiker mit dem Format eines Charles de Gaulle und es ist ein solcher auch nicht in Sicht. Da die vorgenannten beiden Forderungen vorerst nur Erklärungen bleiben, sollte in anderen Bereichen der Hebel zur Zurückdrängung der Gefahr für den Weltfrieden und zur Beendigung von Kriegen angesetzt werden.

Im Folgenden soll deshalb auf zwei Probleme näher eingegangen werden, bei deren Lösung der Friedensprozess günstig beeinflusst werden könnte. Es handelt sich um:

1. die Stationierung von taktischen Atomwaffen der USA in Europa und
2. die Stationierung ausländischer Truppen in Deutschland

Am 01.07.1991 wurde bekanntlich der Warschauer Vertrag aufgelöst, nachdem die DDR und deren Streitkräfte bereits 1990 ausgeschieden waren. Nach Beendigung der Blockkonfrontation gab es demzufolge auch keine Existenzberechtigung für die NATO mehr. Mit abenteuerlichen Argumenten wurde krampfhaft nach einer Begründung für den Erhalt der NATO und einer neuen Strategie gesucht.

Während die Sowjetunion/Russland in den folgenden Jahren ihre Truppen aus den ehemaligen Warschauer Vertrags–Stationierungsländern abzog, einschließlich ihrer dort stationierten Atomwaffen, beließen mit Zustimmung der betreffenden Staaten, die USA einen Teil ihrer taktischen Atomwaffen in Europa. Die USA ist damit der einzige Atomwaffen besitzende Staat, der solche außerhalb seines Territoriums stationiert hat. Hier erhebt sich die Frage, ob es sich dabei nicht um einen Verstoß gegen den Nuklearen Nichtweiterverbreitungsvertrag (NVV) handelt, sowohl durch die USA, als auch durch die Länder, auf deren Territorien die Waffen stationiert sind. Die Stationierung ist militärisch völlig überflüssig, eine strategische Begründung gibt es nicht. Es handelt sich unzweifelhaft um ein Relikt des Kalten Krieges und ist natürlich ein Sicherheitsrisiko.

Russland hat im Gegensatz zu den Praktiken der USA schon in den 90 er Jahren alle anderen Staaten aufgefordert, Atomwaffen nur auf eigenem Territorium zu lagern und hat bisher seine nicht strategischen Atomwaffen um ca. 75 % reduziert. Russland fordert auch, dass im Grunde genommen atomwaffenfreie Staaten nicht an Übungen teilnehmen sollten, bei denen der Einsatz solcher Waffen trainiert wird. Selbst der ehemalige US–Botschafter Burt meinte, dass US–Atomwaffen in Europa keinen militärischen Nutzen mehr haben.

Derzeit sind in Europa in folgenden Standorten taktische Atomwaffen der USA vorrätig und geben den Stationierungsländern im Rahmen der NATO eine nukleare Teilhabe:

Flugplatz Büchel	Deutschland	20 B 61 – 3 / 4
Flugplatz Volkel	Niederlande	20 B 61 – 3 / 4
Flugplatz Kleine Brogel	Belgien	20 B 61 – 3 / 4
Flugplatz Incirlik	Türkei	70 B 61 – 3 / 4
Flugplatz Aviano	Italien	50 B 61 -- 3 / 4
Flugplatz Ghedi-Torre	Italien	20 B 61 – 3 / 4
(evtl. abgezogen oder nach Aviano verlegt)		

Offen bleibt die Frage, ob die US-Air-Force auf ihren Flugplätzen in der BRD oder Italien nicht auch noch taktische Atomwaffen lagert? Immerhin waren auf der Air-Base Ramstein nach älteren Angaben ca. 130 solcher Waffen gelagert. Was geschah damit? Wer hat über den Verbleib eine verbindliche Kontrolle ausgeübt?

Die Teilhabe der Bundeswehr an taktischen Atomwaffen besteht in Gestalt des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 (TaktLwG 33) auf dem Flugplatz Büchel in Rheinland-Pfalz. Dieses Geschwader ist

ausgerüstet mit dem Jagdbomber vom Typ „Tornado IDS“ und verfügt über 40 bis 50 einsatzbereite Maschinen. Nach Planungen der Bundeswehr sollen bis zum Jahre 2025 fünfundvierzig Flugzeuge für die nukleare Teilhabe zur Verfügung stehen. Das Geschwader untersteht dem Kommando Einsatzverbände der Luftwaffe. Auf dem Flugplatz Büchel ist zur Bewachung der Atomwaffen durch die US-Streitkräfte die „US-Air-Force 702 Munitions Support Sqard-702 MUNSS “ stationiert und außerdem die Luftsicherungsstaffel „S“ der Bundeswehr.

Bei der taktischen Atomwaffe vom Typ B 61 handelt es sich um eine frei fallende Fliegerbombe verschiedener Modelle.

Die in Europa stationierten Typen 3 und 4 gliedern sich in

- * Modell 3 – 90 Stück mit selektierbarer Sprengkraft 0,3 / 1,5 / 60 und 170 KT
- * Modell 4 – 90 Stück mit selektierbarer Sprengkraft 0,3 / 1,5 / 10 und 45 KT

Nach einer Erklärung der US-Regierung über den vollständigen Abzug der taktischen Atomwaffen gab es einen Sinneswandel hin zu einer Modernisierung der Waffen in Europa. Sie sollen mit einem Präzisionslenksystem ausgerüstet und den Flugzeugen vom Typ F-35 angepasst werden.

Der Vollständigkeit halber sei hier darauf hingewiesen, dass es für taktische Atomwaffen keine Abrüstungsvereinbarungen und auch keine exakte Übersicht gibt. Allgemein gilt, dass taktische Atomwaffen eine Reichweite von weniger als 500 km haben und eine Sprengkraft bis zu einer Megatonne – also das Vielfache der Hiroshima – Bombe.

Die USA nennen die Modernisierung der Waffen „Programm zur Verlängerung der Lebensdauer“ (Life Extension Program – LEP). Kosten ca. 6 Mrd. US-Dollar. „Verlängerung der Lebensdauer“ ist natürlich eine Nebelkerze.

Die „National Nuclear Security Administration (NNSA)“ der USA benennt die Schwerpunkte der Modernisierung so:

- * neue Sicherheitsvorrichtungen
- * neue Zünder
- * andere Konstruktion (z. T. mit nicht erprobter Technologie)

Damit handelt es sich um keine Verlängerung der Lebensdauer, sondern um eine neue Waffe. Ab 2019 könnte sie sich auch in Europa zur strategischen Waffe entwickeln.

Derzeit gibt es 4 Modelle der B 61 und zwar 3, 4, 7 und 10. Entstehen soll das Modell 12, eine steuerbare Bombe. Sie soll 4 Gefechtsköpfe erhalten und eine Sprengkraft von 0,3 oder 1,5 KT, wegen kleinerer Ladung und größerer Genauigkeit. Dies ermögliche einen so genannten militärisch sauberen Angriff.

Die B61 – 12 soll 2017 einsatzbereit sein. Sie ist eine Wasserstoffbombe. Interessant ist auch der Aufwand, welcher zur Wartung der taktischen Atomwaffen betrieben wird. Diese Waffen werden zur Wartung vom 62. Lufttransportgeschwader in die USA geflogen.

Wie ist die Stationierung taktischer Atomwaffen in Europa politisch zu bewerten?

Fakt ist, dass die nukleare Teilhabe dazu führt, dass im Kriegsfall Piloten eines Mitgliedes des Atomwaffensperr-vertrages Atomwaffen einsetzen. Völkerrecht wurde und wird von der NATO und ihren Mitgliedern schon immer negiert oder entsprechend ihren Vorstellungen interpretiert.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP aus dem Jahre 2009 stand im Abschnitt „Wertgebundene und interessengeleitete Außenpolitik“:

„... im Zuge der Ausarbeitung eines strategischen Konzeptes der NATO werden wir uns im Bündnis gegenüber dem amerikanischen Verbündeten dafür einsetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden.....sind wir unsererseits zu einer Ratifizierung des A-KSE- Vertrages bereit.“

Im April 2009 verlangte der SPD- Politiker und jetzige Außenminister Steinmeier den Abzug der Waffen. Im Oktober desselben Jahres tat dies Außenminister Westerwelle und legte mit einem Brief im Februar 2010 nach. Dahingegen bestand aber die Bundeskanzlerin Merkel auf Verhandlungen mit den übrigen NATO-Partnern und schloss einen Alleingang Deutschlands aus.

Zwischenzeitlich fand der NATO–Gipfel 2010 in Lissabon statt. Dort wurde ein Neues Strategisches Konzept (NSK) verabschiedet, in dessen Vorwort zu lesen ist:

„Es verpflichtet die NATO auf das Ziel, die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen – bekräftigt aber, dass die NATO ein nukleares Bündnis bleiben wird, solange es Kernwaffen in der Welt gibt.“

Und in Punkt 17 des Konzeptes heißt es:

„Die Abschreckung auf der Grundlage einer geeigneten Mischung aus nuklearen und konventionellen Fähigkeiten bleibt ein Kernelement unserer Gesamtstrategie... Solange es Kernwaffen gibt, wird die NATO ein nukleares Bündnis bleiben.“

Damit wäre fast alles gesagt, die NATO will also mit Nuklearwaffen eben solche abschaffen.

Nun ist die Partei „Die Linke“ die einzige im Bundestag, die gelegentlich das Thema Abzug der Atomwaffen aus Deutschland thematisiert. Als Beispiel sei hier die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Linken - enthalten in der Drucksache 17 / 14369 - angeführt. Die Antworten der Bundesregierung sind bezeichnend. Grundsätzlich verweist die Regierung in ihrer Antwort auf das Konsensprinzip, d. h. man schützt vor, eine Entscheidung nur mit den anderen Stationierungsländern treffen zu können.

Aus angeblichen Gründen des Geheimschutzes verweigert die Regierung Angaben über Lagerorte, Anzahl und Beschaffenheit von Atomwaffen. Man setzt noch eins drauf und formuliert:

„Die Ausgestaltung des Lebensdauerverlängerungsprogramms von US- Atomwaffen fällt in das Prärogativ der USA als Nuklearmacht und Besitzer der Waffen und unterliegt keinem Konsultationsbedürfnis.“

Im neuen Koalitionsvertrag (SPD – CDU / CSU) ist keine Forderung nach Abzug der Atomwaffen enthalten. Die Bundesregierung ist eindeutig nicht Willens in dieser, für die Sicherheit und den Frieden wichtigen Angelegenheit etwas zu unternehmen. Im Gegenteil, im Abschnitt „Neue Dynamik für Abrüstung und Rüstungskontrolle“ des Vertrages heißt es:

„Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzunehmen.“

Deshalb reicht es nicht aus, mit parlamentarischen Anfragen und eher örtlichen Protesten den Abzug der Atomwaffen zu thematisieren. Notwendig sind permanente parlamentarische und vor allen außerparlamentarische Aktivitäten, auch im Verbund mit Protesten / Forderungen in den anderen Stationierungsländern.

Zu fordern ist:

- * **die Kündigung der atomaren Teilhabe**
- * **das Verbot des Transportes von Nuklearwaffen von, nach und über Deutschlands**

*** der sofortige und ersatzlose Abzug der Atomwaffen aus Deutschland.**

Ein zweites dringend zu lösendes Problem, welches einen unmittelbaren Einfluss auf den Friedensprozess hat, ist der notwendige Abzug ausländischer Truppen aus Deutschland.

Die Stationierung ausländischer Truppen in Deutschland macht in keinerlei Hinsicht einen Sinn. Deutschland ist, wie man so schön sagt, „nur noch von Freunden umzingelt“. Aus Verteidigungs- und Bündnisgründen ist die Stationierung völlig überflüssig. Anders sieht es im strategischen Bereich aus. Die Stationierung macht bei der Verwirklichung der Weltherrschaftspläne der USA / NATO insofern Sinn, dass vom Standort Deutschland bestimmte Regionen günstiger zu erreichen sind. Da Deutschland der engste und wichtigste Bündnispartner der USA innerhalb der NATO ist, ist das gegenseitige Entgegenkommen auf militärischem Gebiet auch ein Besonderes.

Dennoch soll bekräftigt werden, dass im politischen Alltag der Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland zu wenig thematisiert wird. Noch sind Truppen der USA, Großbritanniens und der Niederlande in erheblichem Umfang, besonders solche der USA, in Deutschland stationiert. Französische Truppen sind nur noch im Rahmen der deutsch- französischen Brigade in Deutschland.

Die Stationierungen erfolgen auf der Grundlage des NATO-Truppenstatuts vom 19.06.1952 und dem Aufenthaltsabkommen vom 23.10.1954, weiteren Folgevereinbarungen, insbesondere dem Zusatzabkommen vom 03.08.1959 – geändert am 18.03.1993. Mit diesen Abkommen werden Haushaltsfragen, das Völkerrecht, die Souveränität Deutschlands, Umweltfragen u. a. direkt berührt. Dabei gibt es gegenüber der Öffentlichkeit, aber auch gegenüber dem Deutschen Bundestag keine hinreichende Transparenz. Dies, obwohl Deutschland im erheblichen Maße durch die Stationierung finanziell belastet wird. So wurden laut Auskunft der Bundesregierung von 2001 bis 2010 insgesamt 859,5 Mio. € für Kosten im Zusammenhang mit den ausländischen Truppen ausgegeben. Im Jahr 2013 sind 56,1 Mio. € als Kosten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Truppen im Bundeshaushalt enthalten gewesen. Die Summe der Ausgaben der Länder und Kommunen ist angeblich nicht bekannt.

Ausländische Truppen müssen über ihre Stärke der Bundesregierung keine Auskunft geben. Auf kleine Anfragen der Partei „Die Linke“ gibt es ausweichende oder unwahre Antworten. So z. B. auf die Anfrage vom 14.04.2011, nachzulesen in der Drucksache 17/5586. Darin wird z. B.

behauptet, dass keine Veranlassung zu der Annahme besteht, die Stationierungstreitkräfte würden an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen teilnehmen. Der Bundesregierung sei auch nicht bekannt, dass das Europakommando (EUCOM) und das Afrikakommando (AFRICOM) der US-Streitkräfte unilateral militärische Interventionen koordinieren. Nichts leichter, als diese Behauptungen zu widerlegen (Kriege gegen Serbien und Libyen u. a.).

Weitere Kuriositäten aus der Antwort der Bundesregierung:

Demnach kann jeder deutsche Flughafen für Flüge mit Militärpersonen und Militärmaterial durch die NATO-Partner ohne sonderliche Genehmigung genutzt werden. Die NATO-Partner verfügen über Dauer- und Überfluggenehmigungen. Demzufolge, wie bekannt, auch zum Transport vermeintlicher Terroristen in Folterlager. Angeblich verstoßen die ausländischen Streitkräfte nicht gegen völkerrechtliche Verträge.

Bezüglich der Antipersonenminen und Streumunition wäre die Lagerung und Weitergabe nur verboten, wenn Deutschland über diese die Hoheitsgewalt und Kontrolle ausübt. Letzteres sei aber nicht der Fall usw. usf.

Laut einer Vereinbarung vom 25.09.1990 kann der Aufenthaltsvertrag für ausländische Truppen mit einer zweijährigen Frist beendet werden. Daran sollte sich die Linke im Bundestag, als auch die Friedensbewegung, immer wieder erinnern und die Kündigung des Vertrages permanent fordern.

In Deutschland sind derzeit zwischen 50.000 und 60.000 Militärs der USA stationiert. Da die NATO auch weiterhin ein Instrument der Verwirklichung der globalen aggressiven Ziele der USA ist, hat die BRD in diesem Rahmen eine besondere Bedeutung. Deutschland war und ist eine Drehscheibe für die Aggressionen im Irak, Afghanistan, auf dem Balkan und in Libyen bzw. zunehmend in Afrika. Von 6 strategischen Regionalkommandos (Unified Combatant Command) der USA-Streitkräfte befinden sich zwei nicht in den USA, sie sind in Deutschland disloziert.

Dabei handelt es sich

1. um US-EUCOM (United States European Command) in Stuttgart – Vaihingen. Der Kommandeur des EUCOM ist zugleich Oberbefehlshaber (SACEUR) der NATO. Derzeit befinden sich die US-Streitkräfte in Europa in einer so genannten Transformation (auch die Streitkräfte der anderen NATO-Staaten), d.h. einer Veränderung ihrer Struktur und Aufgaben entsprechend den Beschlüssen verschiedener NATO-Gipfeltreffen. Es wird eine Struktur geschaffen, um die Streitkräfte schnell

in aller Welt zum Einsatz zu bringen. Vornehmlich in Deutschland bleiben leistungsfähige, logistische Einrichtungen zur Unterstützung und Versorgung der US-Truppen in Europa, Afrika und dem Nahen- und Mittleren Osten.

2. AFRICOM (United States Africa Command) in Stuttgart-Möhringen. Es existiert seit 2007 und ist für Operationen im gesamten Afrika (mit Ausnahme Ägyptens) zuständig. So wurde z.B. der Krieg gegen Libyen beim AFRICOM koordiniert.

Dem EUCOM unterstehen so genannte Komponenten-Kommandos (Stäbe), die überwiegend in Deutschland stationiert sind und zwar:

3. USAFE (US-Air Force Europe) mit dem Hauptquartier (HQ) in Ramstein
4. MARFOREUR (United States Marine Corps Forces Europe) mit HQ in Böblingen bei Stuttgart. Diese Truppen sind hauptsächlich in den „Krieg gegen den Terror“ eingebunden und deshalb vorwiegend im Nahen- und Mittleren Osten eingesetzt.
5. SOCEUR (Special Operations Command Europe) HQ in Stuttgart-Vaihingen. Hierbei handelt es sich um Sondereinsatzkräfte.
6. An Truppen unterstehen dem EUCOM hauptsächlich
 - * die 7. US-Army
 - * die 3. und 17. Air-Force
 - * die 6. US-Flotte
 - * Darüber hinaus spezielle Gliederungen, wie z. B. die 66. Militärnachrichtendienstbrigade in Wiesbaden.

Weitere nennenswerte bzw. bedeutsame Standorte fremder Streitkräfte in Deutschland:

7. LRMC (Landstuhl Regional Medical Center) Das größte Lazarett außerhalb der USA. Hier werden vorwiegend Verwundete aus den Kriegen im Irak und Afghanistan versorgt.
8. KMC (Kaiserslautern Military Community) Es ist der weltweit größte Logistikstützpunkt der USA-Streitkräfte außerhalb der USA. Auch zuständig für die logistische Versorgung der Truppen in Afghanistan.
9. Die US-Streitkräfte in der BRD nutzen hauptsächlich die Truppenübungsplätze Grafenwöhr, Hohenfels, gemeinsam mit der Bundeswehr Baumholder und den Luft-Boden Schießplatz Neuenburg. In Grafenwöhr z.B. werden die Truppen auf Einsätze in Kriegsgebieten außerhalb Europas trainiert, neue Militärtechnik und Waffen, Drohnen und vermutlich auch Uranmunition erprobt.
10. AWACS (NATO Airborne Early Warning and Control Force) mit Standort in Geilenkirchen und Bundeswehrbeteiligung.

11. Die britischen Truppen in Deutschland haben derzeit ihr HQ in Bielefeld und verfügen über eine Reihe Garnisonen und mehrere Übungsplätze.

12. Das deutsch-niederländische Corps mit HQ in Münster.

13. Die deutsch französische Brigade in Müllheim.

Mit deutscher Beteiligung existieren noch

- * das Europa – Corps in Straßburg und
- * das multinationale Corps in Stettin.

Die ungeheure Konzentration kriegsbereiter und zum Teil Krieg führender fremder Streitkräfte in Deutschland muss im Interesse der Herstellung und Sicherung des Friedens beseitigt werden. Ohne die langfristige Zielstellung der Friedenskräfte nach Auflösung der NATO oder Austritt der Bundesrepublik aus derselben aufzugeben, sind die Forderungen nach:

- * Abzug aller Atomwaffen aus der BRD und Verhinderung von deren Modernisierung
- * Kündigung der nuklearen Teilhabe der BRD im Rahmen der NATO
- * Verhinderung neuer Truppenübungsplätze und Reduzierung der vorhandenen
- * dem kompletten Rückzug deutscher Truppen aus dem Ausland
- * Auflösung überflüssiger militärischer Strukturen, z.B. der multinationalen Corps
- * Stoppen der weiteren Militarisierung der EU zu einer Militärmacht.
- * Durchführung einer Rüstungskonversion
- * Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland bzw. aus anderen NATO-Staaten, z.B. aus Italien

in den vielfältigen und konsequenten Aktivitäten der Friedensbewegung gegen eine Interventionspolitik der NATO und der EU sichtbar.

Schon mit dem Erreichen einzelner Ziele würden sich die Chancen für die Herstellung/Erhaltung des Friedens weltweit verbessern. Damit kämen wir auch der Auflösung der NATO etc. schrittweise näher.

Es ist dringende Aufgabe von Bundestag, oppositionellen und allen friedliebenden Kräfte zu verhindern, dass die Bündnisse, wie NATO und EU, in ihrem Bestreben fortfahren können, die Einflussphären neu aufzuteilen, um eine politische, ökonomische und militärische Vormachtstellung zu erlangen. Insbesondere muss eine weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unterbunden und dem Völkerrecht zur Respektierung verholfen werden.

Die Veränderung der Prioritäten, wie beispielsweise die Erklärung des pazifischen Jahrhunderts durch die USA oder die forcierte Militarisierung der EU oder der Ausbau der Vormachtstellung Deutschlands in der EU und als wichtigster Partner der USA in der NATO, verdeutlichen die zwingende Notwendigkeit, alle Menschen dagegen zu mobilisieren.

Der Kalte Krieg fand 1990 nicht sein Ende, er wirkt sehr aktiv weiter. Veränderungen zugunsten der reaktionären Kräfte sind täglich festzustellen, sowohl in der Außen- aber auch in der Innenpolitik, der Sozialabbau schreitet voran, der Abbau von Demokratie ist Programm. Gegen diese Entwicklung ist energischer Widerstand angesagt. Es muss verhindert werden, dass die NATO ihren Wandel zur offensiv operierenden Interventionsallianz vollenden kann.

Europa braucht eine neue Sicherheitsstruktur, d. h. vor allem eine gleichberechtigte, auf gegenseitiger Respektierung beruhende Zusammenarbeit, unter Einschluss aller europäischen Staaten.

* * * * *

Nach dem XX. Friedensratschlag am 7. und 8. Dezember 2013 in Kassel, an dem mehr als 350 Friedensaktivisten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz teilnahmen, verabschiedete der Bundesausschuss Friedensratschlag am 18. Februar 2014

14 Friedenspolitische Schwerpunkte 2014

Im Gedenkjahr 2014 gilt es, Lehren aus der Geschichte zu ziehen und deutlich zu machen, dass hinter Krieg und Gewalt in der Regel ökonomische Interessen der Großindustrie, der Transnationalen Konzerne und der großen und kleinen Rüstungsprofiteure stehen. Die Leidtragenden und Verlierer des Krieges sind immer die Menschen. Friedenspolitik 2014 heißt daher zuallererst, geführte Kriege zu beenden und neue zu verhindern.

(1) Pulverfass Naher Osten: Verhandlungen ohne Kriegsdrohungen

Der Nahe und Mittlere Osten ist eines der gefährlichsten Spannungsbereiche der Welt. Hier bündeln sich jahrzehntelange Konflikte wie der israelisch-palästinensische Konflikt, Interessengegensätze zwischen den

sunnitisch dominierten arabischen Golfstaaten und den schiitischen Regimen im Iran und Irak sowie Machtkämpfe um regionale Vorherrschaft etwa zwischen Indien und Pakistan oder zwischen Iran, Saudi-Arabien, der Türkei, Israel und Ägypten. Eine Lösung könnte darin liegen, eine Gesamtkonferenz aller Beteiligten ähnlich der OSZE in Europa einzuberufen. Ziel wäre eine von Massenvernichtungswaffen freie Zone im Nahen und Mittleren Osten, die, gekoppelt mit konventioneller Abrüstung und gegenseitiger Rüstungskontrolle, eine Nulllösung bei Raketen einschließt. Einem Raketenabwehrsystem von USA und NATO würde damit die Grundlage entzogen. Das bei den Genfer Verhandlungen zwischen Iran und den fünf Vetomächten im UN-Sicherheitsrat plus Deutschland vereinbarte Moratorium ist ein erster wichtiger Schritt zur Entspannung im Atomstreit.

***Wir fordern:** Die Sanktionen gegen den Iran müssen aufgehoben und souveräne Rechte des Landes respektiert werden. Deutsche Rüstungsexportvorhaben nach Israel, in die Golfstaaten und in alle anderen Staaten der Region müssen gestoppt werden. Drohungen mit einem „präventiven“ Militärschlag gegen Iran sind einzustellen. Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta verbietet jegliche „Androhung“ von Gewalt. Die Bundesregierung wäre gut beraten, ihre einseitige Unterstützung der regionalen Scharfmacher Saudi-Arabien und Katar zu beenden und ihre Beziehungen zu allen regionalen Mächten auf eine normale Grundlage zu stellen.*

(2) Den Krieg in Syrien stoppen — die militärische Einmischung beenden:

Der interne Konflikt in Syrien, der vor drei Jahren mit friedlichen Protesten begann, sich aber schnell zu einem von allen Seiten unerbittlich geführten Bürgerkrieg ausweitete, stellt nicht nur ein humanitäres Problem für die syrischen Bevölkerung, sondern eine Gefahr für die ganze Region dar. Dies wird dadurch noch verstärkt, dass westliche Staaten und arabische Golfmonarchien mittels ausländischer Söldner versuchen, den Sturz der Regierung Assad herbeizuführen. Darüber hinaus geht es um die Schwächung des Iran auf der einen, um die Stärkung des Einflusses von Saudi-Arabien oder der Türkei oder Israels auf der anderen Seite. Eine direkte US-Intervention wird von der US-Administration nach wie vor als Option nicht ausgeschlossen. Der im August 2013 erfolgte Beitritt Syriens zur Chemiewaffenkonvention, verbunden mit der Bereitschaft, sämtliche Chemiewaffen unter internationaler Kontrolle zu vernichten, war nicht Ergebnis der militärischen Drohkulisse der USA oder Großbritanniens, sondern war ein Erfolg der diplomatischen Bemühungen Moskaus. Der britische Premier Cameron hat sogar eine historische

Niederlage erlitten, als ihm das Parlament einen Freibrief für einen Angriff auf Syrien verweigerte. Nachdem sich Syrien dem Regime des Chemiewaffen-Vertrages unterworfen hat, entfällt die Begründung für die Stationierung von Patriot Raketen und AWACS-Gefechtsführungsplattformen in der Türkei.

Wir fordern: *Die Sanktionen gegen Syrien, die Unterstützung bewaffneter Oppositionskräfte und die Interventionsdebatte in internationalen Gremien müssen beendet werden. Der Einsatz der UN für eine Waffenruhe und eine Verhandlungslösung muss weiter unterstützt werden. Die Genfer Verhandlungen müssen zumindest zu einem allseitig akzeptierten Waffenstillstand beitragen. Die Patriot Raketen und AWACS-Flugzeuge müssen umgehend abgezogen und die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien muss großzügig gehandhabt werden.*

(3) Keine NATO-Komplizenschaft mit der Türkei

Der vom inhaftierten Kurden-Führer Öcalan angebotene Rückzug der bewaffneten PKK-Kämpfer war von Ankara mit der Ankündigung eines Friedensprozesses beantwortet worden. Praktische Schritte sind aber nicht erfolgt. Im Gegenteil: Im Windschatten des Konfliktes in Syrien hat die Türkei ihre Repressionsmaßnahmen gegen die Kurden massiv verstärkt. Zum Alltag in der Türkei gehören immer mehr willkürliche Verhaftungen, Verfolgung von unabhängigen Journalisten, militärische „Strafaktionen“ in Kurdengebieten, Aberkennung der Immunität, ja sogar der Mandate frei gewählter Parlamentsabgeordneter. Hinzu kommt die massive Unterdrückung der Proteste, die im Sommer 2013 zunächst zur Verteidigung eines innerstädtischen Parks in Istanbul entstand, sich aber in Windeseile zu einer für die AKP-Herrschaft bedrohlichen Massenbewegung entwickelte. Außenpolitisch strebt die Erdogan- Regierung eine hegemoniale Rolle in der Region an, die sie auch militärisch begründen will.

Wir fordern: *Keine Lieferung von Kampfpanzern und anderen Waffen, die gegen die kurdischen Bevölkerungsgruppen und die Opposition in der Türkei eingesetzt werden können. Wir unterstützen Aktionen in Deutschland, die sich für die Menschenrechte der Kurden in der Türkei einsetzen.*

(4) Auch das Existenzrecht der Palästinenser anerkennen

Der israelisch-palästinensische Konflikt hat eine Schlüsselrolle nicht nur für einen Frieden im gesamten Nahen Osten, sondern auch für den Weltfrieden. Solange aber die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten ausgebaut und den Palästinensern immer mehr die Existenzgrundlagen entzogen werden, schwinden auch die Hoffnungen auf einen

gerechten Frieden im Nahen Osten. Eine Zwei-Staaten-Lösung auf der Basis der Grenzen von 1967 und entsprechend zahlreicher UN-Resolutionen wird immer unwahrscheinlicher. Auch die von US-Außenminister Kerry wieder in Gang gebrachten Verhandlungen zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde sind bedeutungslos, so lange Tel Aviv seine aggressive Siedlungserweiterungspolitik fortsetzt. Eine bemerkenswerte Initiative ging von der EU aus: Die Kommission verabschiedete im Juli 2013 Leitlinien über die Förderfähigkeit israelischer Einrichtungen und ihrer Tätigkeiten in den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten" Damit soll verhindert werden, dass EU-Fördermittel im Rahmen von Kooperationsprogrammen mit israelischen Institutionen oder Unternehmen auch Siedlungen in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten im Westjordanland, in Ostjerusalem und auf den Goianhöhen zu Gute kommen. Die Empfänger von EU-Mitteln, also auch Regierungsstellen, sollen unterschreiben, dass die Fördermittel nicht in den besetzten Gebieten verwendet werden. Das ist ein wichtiger Schritt Druck auf Israel auszuüben – auch wenn die Umsetzung der Leitlinie im Regierungshandeln mancher EU-Staaten faktisch unterlaufen werden dürfte.

***Wir fordern:** Die Bundesregierung muss die Bestrebungen Palästinas, als gleichberechtigtes Mitglied in die UNO und ihre Unterorganisationen aufgenommen zu werden, aktiv unterstützen. Die gelegentliche Kritik der Bundesregierung an der völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungspolitik muss Folgen haben: Stopp aller Rüstungsexporte an Israel - politische Unterstützung der Konferenz für eine von Massenvernichtungswaffen freie Zone im Nahen und Mittleren Osten.*

(5) Truppen aus Afghanistan vollständig abziehen – zivil helfen

Der Anfang Februar 2014 vorgelegte "Fortschrittsbericht" der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan ist das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist. Von "Fortschritten" kann nämlich keine Rede sein. Die Bundesregierung lügt sich in die eigene Tasche, wenn sie über gestiegene Lebenserwartung, geringere Müttersterblichkeit und höhere Bildungsbeileiligung von Mädchen schwadroniert. Das mag für Kabul richtig sein, trifft aber nicht die Wirklichkeit im ganzen Land. Die wird nach wie vor bestimmt von einer desaströsen Menschenrechtslage, von Korruption (die bis in den engen Kreis um Präsident Karzai reicht) und von Rekordzahlen beim Drogenanbau, wie der jüngste Bericht der UN-Behörde UNDOC (UN Office on Drugs and Crime) gezeigt hat.

Einem Offenbarungseid gleicht die Einschätzung der Sicherheitslage am Hindukusch: "Die Sicherheitslage bleibt angespannt", heißt es im Be-

richt. Und weiter: "Die regierungsfeindlichen Kräfte (RFK) sind weiterhin in der Lage, in allen Landesteilen Anschläge zu verüben."

Nimmt man die ISAF-Statistik zur Hand, so sieht die Lage insbesondere im von Deutschland "kontrollierten" Gebiet anders aus: Laut ISAF-Statistik ist die Menge der "feindlichen Angriffe" im von Deutschland "kontrollierten" Nordafghanistan im ersten Halbjahr 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 99 Prozent und im zweiten Halbjahr um 26 Prozent gestiegen. So bleiben wir bei der Auffassung: "Nichts ist gut in Afghanistan" (Käbmann). Es wäre konsequent, wenn die Bundesregierung endlich das Scheitern ihres Militäreinsatzes eingestehen und die Bundeswehr abziehen würde. Stattdessen wird der Afghanistan-Einsatz bis Ende des Jahres verlängert und auch für die Zeit danach eine Folgemission angekündigt. Sie wird genauso grandios scheitern.

***Wir fordern** den Stopp aller Kampfhandlungen. Die Bundeswehr muss vollständig aus Afghanistan abgezogen werden. Dadurch frei werdende Mittel sind zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen zur Verfügung zu stellen. Alle weiteren Auslandseinsätze sind zu beenden.*

(6) Keine Interventionsarmee Bundeswehr

Die Bundeswehr hat sich von ihrem Selbstverständnis her zu einer "Armee im Einsatz" gewandelt. Die schwarz-rote Bundesregierung verspricht in ihrem Koalitionsvertrag, „die globale Ordnung aktiv mitgestalten“ zu wollen, notfalls auch militärisch. Aufgrund der Tatsache, dass die Bundeswehr im Laufe der kommenden Legislaturperiode ihr Handicap der schnellen und flexiblen Verlegbarkeit von Truppen samt modernstem Kriegsgerät abgelegt haben wird, ist davon auszugehen, dass damit auch die Bereitschaft wachsen wird, die für 100 Milliarden Euro angeschafften Waffen und Ausrüstungen (z.B. Kampf- und Transporthubschrauber, Schützenpanzer und weit reichender Transportflugzeuge) in mehr Einsätze zu entsenden als bisher. Bei der Herstellung voller Interventionsfähigkeit der Bundeswehr geht es vor allem um die Sicherung und Ausdehnung des Zugangs zu Rohstoffen und Märkten. Gemäß dem Grundgesetz und im Einklang mit dem Gewaltverbot der UN-Charta hat die Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung zu dienen. Gegen dieses Verfassungsgebot hat die Bundesregierung seit 1999 (Kosovo-Krieg) wiederholt verstoßen. Darüber hinaus wird durch das im August 2012 erfolgte Urteil des Bundesverfassungsgerichtes unter bestimmten Voraussetzungen sogar ein militärischer Einsatz der Bundeswehr im Inneren ermöglicht.

Wir fordern: Die Transformation der Bundeswehr in eine „Armee im Einsatz“ ist zu beenden. Bewaffnungs- und Ausrüstungsprogramme zur Herstellung weltweiter Interventionsfähigkeit sind ebenso zu stoppen, wie die zivil-militärische Zusammenarbeit im Inneren als „Heimatschutz“. Da die Bundesrepublik Deutschland militärisch nicht bedroht wird und „nur von Freunden umgeben ist; fordern wir die drastische Abrüstung der Bundeswehr mit der Perspektive ihrer vollständigen Abschaffung.

(7) Keine Kampfdrohnen

Laut Koalitionsvertrag hält die neue Bundesregierung an ihren Beschaffungsvorhaben von Drohnentechnologie zur Spionage und Zielerfassung fest. Kampfdrohnen sollen Kampfhubschrauber und Kampfflugzeuge als Patrouillen- und Gefechtsfeldwaffen über Land und auf See ersetzen und den weltweiten Luftraum erobern. Kampfdrohnen senken die Schwelle zum Gewalteinsatz, terrorisieren Bevölkerungen betroffener Landstriche, fördern die Aufrüstung und bereiten den Irrweg zu autonomen Killerrobotern. Ein neues Wettrüsten ist damit programmiert. Die Bundesregierung will sich daran beteiligen. Dabei zeichnet sich ein zweigleisiges Vorgehen ab: Zum einen unterstützt sie die Herstellung von Kampfdrohnen der nächsten Generation in Europa, was ihre Flugfähigkeit im zivilen Luftraum und ihre Fähigkeit zur Selbstverteidigung einschließt. Bis diese in etwa zehn Jahren entwickelt sind, werden zum anderen zunächst US-amerikanische REAPER oder israelische HERON TP als reine Überwachungsdrohnen gekauft, um sie dann später zu bewaffnen. Die Entscheidung, ob REAPER oder HERON TP angeschafft werden, fällt noch in diesem Jahr. - Sogenannte extra-legale Tötungen werden zwar von der Koalition abgelehnt, sie unternimmt aber nichts gegen solche US-Einsätze von deutschem Boden aus.

***Wir fordern:** Kampfdrohnen müssen weltweit geächtet werden. Die Bundesregierung muss auf die Einführung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr verzichten und die Beihilfe zu "gezielten Tötungen" durch US-Drohnen einstellen. Die 2013 gestartete deutschlandweite Kampagne "Keine Kampfdrohnen!" ist weiter zu entwickeln.*

(8) Schluss mit den Rüstungsexporten – Umstellung auf zivile Produktion

Deutschland ist zum weltweit drittgrößten Waffenexporteur aufgestiegen. Waffenexporte dienen auch in der schwarz-roten Koalition den außenpolitischen Interessen der Ressourcensicherung. Mit der „Merkel-Doktrin“ wird beabsichtigt, strategische Partner mit deutschen Waffen

im deutschen Interesse zur Kriegführung zu „ertüchtigen“ Im Angebot der Exporteure des Todes befinden sich „Kleinwaffen“ (das sind die eigentlichen Massenvernichtungswaffen moderner Bürgerkriege), Kampfpanzer zur Aufstandsbekämpfung, Kriegsschiffe und atomwaffenfähige U-Boote u.v.a.m. Zu den "strategischen Partnern" zählen aus Sicht der Bundesregierung religiös-fundamentalistische Diktaturen wie Saudi-Arabien, ölreiche autokratische Regime wie die Vereinigten Arabischen Emirate oder Katar oder „Stabilitätsanker“ wie Indonesien.

Deutschland ist auch Rüstungsstandort. In den Rüstungsunternehmen arbeiten hier zu Lande ca. 80.000 Beschäftigte. Volkswirtschaftlich spielt die Waffenproduktion keine besondere Rolle (0,64 % des BIP und 0,25 % aller Beschäftigten). Die Rüstungslobby übt aber großen Einfluss auf Regierung und Abgeordnete aus.

Wir fordern *Waffenexporte zu ächten und den Rüstungsexport gesetzlich zu verbieten. Zwischenziel auf dem Weg dahin könnten sein: ein Exportverbot für Kleinwaffen und Waffenfabriken, keine Lieferungen in Länder außerhalb von NATO und EU bei strikter Endverbleibskontrolle, keine Hermesbürgschaften und die Abschaffung der Militärattachés an deutschen Botschaften.*

Abzurüsten ist auch die Herstellung und Weitergabe von Waffen und schwerem Kriegsmaterial. Die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produkte („Konversion“) muss programmatisch und finanziell gefördert werden — insbesondere mit Blick auf Regionen, in denen Rüstungsaktivitäten stark konzentriert sind (z.B. Küste, Kassel, Bodenseeraum). Ein Konversionsamt könnte dabei hilfreich sein. Die berechtigten Interessen der Beschäftigten an sicheren Arbeitsplätzen und guten Arbeitsbedingungen jenseits der Rüstung müssen dabei im Mittelpunkt stehen.

(9) Gegen die Militarisierung von Bildungswesen und Gesellschaft

Seit Aufhebung der Wehrpflicht sind wir mit einer beispiellosen ideologischen Offensive der Bundeswehr konfrontiert. Propagandisten und Werbespezialisten der Bundeswehr machen sich heute in Kommunen, Schulen, Messen („Karrieretreffs“), Volksfesten oder bei Gelöbnissen und Zapfenstreichen im öffentlichen Raum breit. Zugleich verstärken Rüstungsunternehmen, das Verteidigungsministerium sowie das Pentagon mit der Vergabe von lukrativen Forschungsaufträgen ihren Einfluss auf staatliche Hochschulen und private Forschungseinrichtungen.

Wir fordern: *Kooperationsverträge Bundeswehr-Schule auf Länderebene sind aufzuheben, Zivilklauseln an Hochschulen sind flächendeckend einzufordern und dort, wo sie bereits existieren, durchzusetzen. Kooperationen mit Rüstungsunternehmen (z.B. über Stiftungsprofessuren) sind zu beenden. Dagegen sind Friedenserziehung -*

und -forschung zu fördern. Jeglicher öffentlichen Werbung für Bundeswehr und Kriegsdienst ist entgegen zu treten.

(10) Gegen das Kriegsbündnis NATO - für UNO-Charta und Völkerrecht

Der anachronistische Fortbestand der NATO dient der militärischen Absicherung imperialer Interessen und bestehender weltweiter Ungleichgewichte. Nach der Ausdehnung ihres Bündnis- und Einsatzgebiets maßt sich der größte Militärpakt zunehmend weltweite Befugnisse an. Raketenabwehrsysteme, sei es unter der Regie der NATO oder in Asien unter ihrer Führungsmacht, den USA, teilen die Welt in Freund und Feind. Die sich bedroht fühlenden Staaten wie Iran, China, Nordkorea und Russland vergrößern deshalb ihre militärischen Anstrengungen, um einer Erpressung zu entgehen. Auch das von den USA und der NATO geförderte Raketenabwehrsystem fördert das Wettrüsten und damit die Kriegsgefahr.

Wir fordern: *Die unheilvolle Rolle der NATO in der Welt muss stärker in der Öffentlichkeit thematisiert werden und neue Waffenprogramme wie z.B. das Raketenabwehrsysteme in Osteuropa sind zu stoppen, auch als Basis für atomare und konventionelle Abrüstungsverhandlungen mit Russland. Es gilt; die NATO als Kriegsbündnis zu delegitimieren. Demgegenüber müssen die demokratischen und zivilen Strukturen der Vereinten Nationen gestärkt werden. Bei drohenden oder schon existierenden Gewaltkonflikten muss nach den Regeln des Völkerrechts und der UNO-Charta mit ihrem strikten Gewaltverbot verfahren werden.*

(11) Keine Militärunion EU — für eine humane Flüchtlingspolitik

Die neue Bundesregierung hat sich vorgenommen, die Militarisierung der EU zu beschleunigen. Sie will sowohl ihre zivil-militärische Zusammenarbeit innerhalb der EU als auch ihre militärische Zusammenarbeit der EU mit den USA verstärken. Das Ganze stellt sie unter die Überschrift: „Ein starkes Europa in der Welt“ (Koalitionsvertrag). Bereits heute stellen die Mitgliedstaaten der EU Kontingente für eine Schnelle Eingreiftruppe von 60.000 Heeres- und 20.000 Luftwaffen- und Marine-soldaten zur Verfügung. Deutschland stellt darin das größte nationale Kontingent. Hinzu kommen die binnen einer Woche für Militärinterventionen einsetzbaren EU-Battte-Groups. Da nicht nur für die Bundeswehr sondern auch für andere EU-Staaten neue fliegende Transportkapazitäten zur Verfügung stehen werden, ist mit verstärkten Militärin-

terventionen der EU und mit Stellvertreterkriegen mit EU-Unterstützung vornehmlich in Afrika zu rechnen.

Zugleich werden die EU-Außengrenzen gegenüber Afrika weiter verstärkt (Frontex, Eurosur). Mit anderen Worten: Die EU führt Kriege in Afrika und schottet sich vor den Folgen ihrer Kriege ab. Kriegs- Hunger- und Armutsfüchtlinge werden brutal an den EU-Außengrenzen abgewiesen; die Habenichtse aus dem Süden haben in der „Festung Europa“ nichts zu suchen.

Wir fordern: *Die Militarisierung der EU ist auf Null zurückzufahren, die schnellen Eingreiftruppen sind aufzulösen. Europäische Rüstungsprojekte sind einzustellen und die Europäische Verteidigungsagentur ist aufzulösen. Stattdessen ist die EU auf eine strikt zivile Außenpolitik zu verpflichten.*

Das Grenzregime der EU muss entmilitarisiert und humanisiert werden. Nicht Flüchtlinge sind zu bekämpfen, sondern Fluchtursachen. Eine völlig andere Wirtsdrafü ; Handels- und Entwicklungspolitik muss die Grundlagen dafür schaffen, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in der Dritten Weh verbessert werden.

(12) Atomwaffen abschaffen - Uranwaffen verbieten

Entgegen gelegentlichen Bekundungen zur atomaren Abrüstung durch US-Präsident Obama legt seine eigene Regierung Programme zur Modernisierung alter und der Entwicklung neuartiger Atomwaffen auf. Sie können auch in Deutschland stationiert werden (etwa im Atomwaffenlager Büchel). Damit würden Optionen für deren gezielte Einsatzfähigkeit geschaffen, die zu neuen Kriegsgefahren und katastrophalen humanitären Konsequenzen führen können.

Der Einsatz von panzer- und bunkerbrechenden Waffen mit angereicherten Uran (DU-Munition) hat im Irak, in Bosnien, Kosovo und in Afghanistan zu einem teilweisen dramatischen Anstieg von Krebsraten und Missbildungen durch Genmutationen geführt, was mit Langzeitwirkungen für künftige Generationen verbunden ist.

Wir fordern *eine vollständige atomare Abrüstung mittels eines weltweiten vertraglichen Verbots von Atomwaffen, die auch die zivile Nutzung der Nuklearenergie beendet. Die Bundesregierung muss den Abzug der in Büchel stationierten Atomwaffen durchsetzen.*

Darüber hinaus fordern wir: *Das systematische Verschweigen der gesundheitsschädigenden Folgen von Uranmunition muss beendet werden. Uranmunition muss – wie es eine internationale Kampagne fordert - weltweit geächtet werden. Hilfsprogramme für die Opfer von DU-Munition sind erforderlich.*

(12) Für internationale Solidarität statt Ressourcen-Ausbeutung

Letztlich hängen alle weltweiten Konflikte direkt oder indirekt mit dem Zugriff auf Rohstoffe, Wasser und Nahrungsmittel sowie deren Verteilung zusammen. Durch die deutsche und die EU-Rohstoffstrategie wird der Zugriff auf Ressourcen anderer Länder mit wirtschaftlicher Erpressung und militärischen Mitteln forciert. Landraub, wirtschaftliche Ausbeutung, Unterentwicklung und Unterernährung, aber auch Konkurrenz unter den führenden Staaten der Welt werden dadurch verschärft.

***Wir fordern:** Die weltweit verfügbaren Ressourcen müssen menschengerecht, ökologisch, sozialverträglich und nachhaltig genutzt werden. Dabei ist vor allem dem Klimaschutz und den Bedürfnissen der Erzeugerländer Rechnung zu tragen. Nur so können Konflikte und Kriegsursachen sowohl regional als auch global beseitigt werden.*

(14) Gegen Demokratieabbau und Rassismus

Die Neonazis von heute stehen in der unheilvollen Tradition von Faschismus, Rassismus und Krieg. Jahrelang konnte eine Neonazi-Gruppe ausländische Mitbürgerinnen terrorisieren und ermorden – vermutlich mit Wissen des Verfassungsschutzes. Viele Morde und Terroranschläge – wie z.B. das Oktoberfest-Attentat 1980 in München – wurden bis heute nicht aufgeklärt.

***Wir fordern:** Neonazi Aktivitäten sind zu unterbinden und die Rolle des Verfassungsschutzes – auch bei früheren Terroranschlägen – muss lückenlos aufgeklärt; die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz ist ersatzlos aufzulösen. Die Friedensbewegung beteiligt sich weiter aktiv am Kampf gegen Nazipropaganda, Fremdenfeindlichkeit und jede Form von Rassismus.*